

Immer weniger Erwerbstätige zahlen die Bildung

Der finanzielle Druck auf die Erwerbstätigen steigt in den nächsten Jahren. Steigende Schülerzahlen und immer mehr Lehrerinnen und Lehrer, die Teilzeit arbeiten, werden den Lehrermangel verschärfen.

Die Harmonisierung von Schulstrukturen und Bildungszielen, die Neukonzeption der sonderpädagogischen Angebote in kantonaler Verantwortung und deren integrativere Gestaltung sowie die Systemsteuerung und Qualitätssicherung waren und sind zentrale Themen im Volksschulbereich. Dies spiegelt sich auch im Kapitel «Obligatorische Schule» des Bildungsberichts 2014, das übergreifenden Fragen gewidmet ist.

Silvia Grossenbacher, SKBF

Unabhängig vom Beitritt zum HarmoS-Konkordat, den mittlerweile 15 Kantone vollzogen, sieben abgelehnt und vier noch offen gelassen haben, ist es gelungen, die Dauer der Sekundarstufe I zu vereinheitlichen. Im Bereich Primarstufe, die im HarmoS-Konkordat auf acht Jahre Dauer (inklusive Vorschule oder Eingangsstufe) konzipiert wurde, bleiben Unterschiede bestehen. Sie beziehen sich auf die Dauer und die Verbindlichkeit der Angebote in der Eingangsphase. So werden weiterhin nicht alle Kinder ein zweijähriges Kindergartenangebot nutzen.

Die angestrebte Harmonisierung der Bildungsziele wurde in zweierlei Hinsicht umgesetzt. Zum einen wurden drei sprachregionale Lehrpläne erarbeitet. Der gemeinsame Lehrplan für den französischsprachigen Landesteil ist bereits implementiert. Der gemeinsame Lehrplan für die Deutschschweiz (Lehrplan 21) und derjenige für den italienischsprachigen Landesteil sind noch in Arbeit. Zum ändern sind mit der Freigabe der nationalen Bildungsziele Grund-

kompetenzen definiert worden, zu deren Erreichung möglichst alle Schülerinnen und Schüler befähigt werden sollen. Diese Grundkompetenzen in den Bereichen Schul- und Fremdsprachen, Mathematik und Naturwissenschaften sind in die Lehrpläne eingeflossen und deren Erreichung wird ab 2016 regelmässig auf nationaler Ebene überprüft werden.

Weniger Kinder mit besonderem Lehrplan

Die sonderpädagogischen Angebote wurden ganz in die Verantwortung der Kantone übernommen und neu konzipiert. Dies unter anderem mit dem Ziel, die Angebote integrativer zu gestalten. Das entsprechende Sonderpädagogik-Konkordat dient der koordinierten Umsetzung internationaler Vereinbarungen und der Vorgaben des schweizerischen Gesetzes über die Gleichstellung Behinderter (BehiG). Diese Neukonzipierung in Richtung Integration zeigt Wirkung. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit besonderem Lehrplan ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken.

Diese erfreuliche Entwicklung hat aber auch Schattenseiten; denn gleichzeitig mit dem Rückgang von Lernenden in

Sonderklassen zugunsten der integrativen Förderung in Regelklassen ist die Zahl der Kinder gestiegen, die mit verstärkten Massnahmen unterstützt werden oder denen der Status «Sonderschüler» bzw. «Sonderschülerin» zugewiesen wird. Dieser Tendenz gilt es entgegenzuarbeiten.

Steigende Schülerzahlen auf Primarstufe

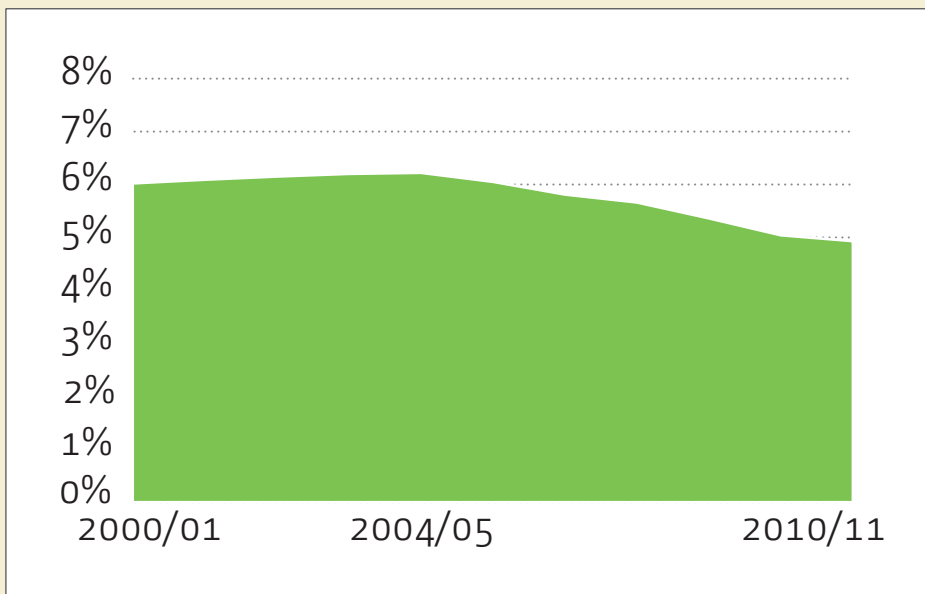
Für die Bildungsplanung sind nicht nur die nationalen Harmonisierungsbestrebungen und die entsprechenden interkantonalen Vereinbarungen von Bedeutung. Eine wichtige Rahmenvorgabe sind auch die demografischen Entwicklungen. Diese lassen eine Trendwende erkennen. Nachdem die Schülerzahlen in den meisten Kantonen in den vergangenen Jahren rückläufig waren und dies für die Sekundarstufe I auch noch eine Weile so bleiben wird, zeigen die Prognosen für den Vorschul- und Primarstufenbereich nach oben.

Ab 2015 sagen die Prognosen des Bundesamtes für Statistik den meisten Kantonen in der Vorschul- und Primarstufe steigende Zahlen von Schülerinnen und Schülern voraus. Was familienpolitisch als positive Nachricht gewertet werden kann, wirft volkswirtschaftlich die Frage auf, welche Belastungen damit verbunden sind. Dazu kann der sogenannte Jugendbelastungsindex Hinweise liefern.

Mehr Kosten verursachende Kinder pro Erwerbsperson

In den letzten Jahrzehnten hat der Anteil 6- bis 16-jähriger Kinder und Jugendlicher (die Ausbildungskosten verursachen) an der Gesamtbevölkerung abgenommen (grüne Kurve). Parallel dazu ist auch die Anzahl 6- bis 16-Jähriger pro Erwerbsperson gesunken (blaue Kurve). Aufgrund der gesamten demografischen Entwicklung, insbesondere der Zunahme von Personen im Rentenalter, steigt die Zahl der noch in Ausbildung befindlichen und damit Kosten verursachenden Kinder und Jugendlichen pro Erwerbsperson (Jugendbelastungsindex) in den kommenden Jahren tendenziell stärker an als der ebenfalls steigende Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung.

Die Grafik lässt ahnen, dass in den 2030er Jahren weniger als fünf Erwerbstätige auf einen «kostenden» Jugendlichen kommen werden, während es derzeit noch etwa 5,7 Erwerbstätige



Anteil Schülerinnen und Schüler mit besonderem Lehrplan, 2001–2011 (Daten: BFS)

sind. Diese Entwicklung wird den finanziellen Druck, der ohnehin auf dem Bildungsbereich lastet, nicht mindern.

Immer mehr Teilzeitbeschäftigte im Lehrberuf

Seit einiger Zeit lässt sich beobachten, dass der Anteil Vollzeitbeschäftigter im Lehrberuf stetig sinkt, der Anteil Teilzeitbeschäftigter ebenso stetig zunimmt. Im Schuljahr 2009/10 waren fast zwei Drittel der Lehrpersonen teilzeitlich beschäftigt – Tendenz weiterhin steigend. In nur fünf Jahren ist der Anteil Lehrpersonen mit einem hohen Beschäftigungsgrad um 7 Prozentpunkte gesunken, was einer Abnahme vollzeitbeschäftigter Personen um mehr als

12% bedeutet. Der Anteil von Lehrpersonen mit geringem und mittlerem Beschäftigungsgrad ist entsprechend gestiegen.

Über die Gründe, die diese Entwicklung vorantreiben, lässt sich nur spekulieren. Sie führt aber zusammen mit dem vermehrten Einsatz von zusätzlichen Fachpersonen (Heilpädagogik, Sozialarbeit, Betreuung etc.) zu einer zunehmenden Personalvielfalt in den Schulen. Entsprechend steigen die Anforderungen an Koordination und Kooperation und entsprechend komplex werden die Aufgaben der Schulleitungen. Zudem erhöht die Entwicklung den Bedarf an Nachwuchs und verschärft das Problem des Lehrpersonenmangels.

